



Politische Gemeinde Dietlikon

Kommunales Fondsreglement

Fondsreglement – «Kommunaler Mehrwertausgleichsfonds»

Fassung für Gemeindeversammlung

Von der Gemeindeversammlung festgesetzt am: 28. Juni 2021

Namens der Gemeindeversammlung:

.....
Edith Zuber
Gemeindepräsidentin

.....
Martin Keller
Gemeindeschreiber

Die Gemeindeversammlung, gestützt auf § 23 kantonales Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) vom 28. Oktober 2019, erlässt folgendes Reglement:

- § 1**
- Zwecke* Das Fondsreglement regelt die Verwaltung und Verwendung der Fondsmittel sowie das Verfahren für die Ausrichtung von Beiträgen.
- § 2**
- Zuweisung von Mitteln* Die Erträge aus der kommunalen Mehrwertabgabe fliessen in den kommunalen Mehrwertausgleichsfonds.
- § 3**
- Verwendungszweck*
- 1 Die Mittel des Mehrwertausgleichsfonds werden für kommunale Massnahmen der Raumplanung nach Art. 3 Abs. 3 Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) verwendet. Beitragsberechtigt sind z. B. folgende Massnahmen:
 - a) die Gestaltung des öffentlichen Raums, insbesondere die Erstellung, Gestaltung und Ausstattung von Parks, Plätzen, Grünanlagen oder mit Bäumen bestockten Flächen, die sich für den Aufenthalt der Bevölkerung im Freien eignen oder das Wohnumfeld verbessern;
 - b) Erholungseinrichtungen und andere öffentlich zugängliche Freiräume wie etwa Wege, Ufer von Gewässern, Rastplätze, Spielplätze und sanitärische Anlagen oder andere Formen der infrastrukturellen Ausstattung von Erholungsgebieten;
 - c) die Verbesserung des Lokalklimas durch Baumpflanzungen, allgemeine Grünflächen, Dach- oder Fassadenbegrünung, Massnahmen zum Speichern und Verwenden von Regenwasser;
 - d) die Verbesserung der Zugänglichkeit von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs und von öffentlichen Einrichtungen mit Rad- und Fusswegen;
 - e) die Erstellung von sozialen Infrastrukturen, wie soziale Treffpunkte und ausserschulische Einrichtungen, beispielsweise Quartier-, Jugend- oder Seniorentreffpunkte und Kinderbetreuungseinrichtungen;
 - f) die Planungskosten für die Überdeckung von Verkehrsinfrastrukturen;
 - g) die Verbesserung der Bau- und Planungskultur, wie Beteiligungsprozesse, Studienverfahren oder Wettbewerbe.
 - 2 Beitragsberechtigt sind auch Rechtserwerbe.
 - 3 Für Betrieb und Unterhalt werden keine Beiträge entrichtet.

- Beiträge*
- § 4**
- 1 Die Gemeinde richtet einmalige Beiträge an Erstinvestitionen und Erneuerungen von Einrichtungen und Anlagen aus.
 - 2 Es kommen keine Beiträge für Massnahmen in Betracht, die bereits auf anderer Rechtsgrundlage finanziert werden.
 - 3 Es besteht kein Anspruch auf Beiträge.
 - 4 Die Beiträge können von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden.
 - 5 Für beitragsberechtigte Massnahmen richtet die Gemeinde Beiträge ohne maximale Beschränkung aus.
- Ausschluss der Verschuldung sowie Unterbestand*
- § 5**
- 1 Der Fonds darf sich nicht verschulden. Ein Gesuch darf nur bewilligt werden, wenn die Auszahlung für die beitragsberechtigte Massnahme den Fondsbestand nicht überschreitet.
 - 2 Stehen für Massnahmen nicht ausreichend Mittel aus dem Fonds zur Verfügung, so werden die Beiträge entsprechend gekürzt oder die Gesuche ganz abgelehnt.
- Beitragsberechtigte*
- § 6**
- Beitragsberechtigt sind natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts.
- Gesuch*
- § 7**
- 1 Das Beitragsgesuch muss vor dem Beginn der Umsetzung des Projekts beim Gemeinderat eingereicht werden.
 - 2 Das Gesuch soll insbesondere folgende Angaben und Unterlagen umfassen:
 - a) Nutzungskonzept;
 - b) Gestaltungskonzept;
 - c) Vorgehenskonzept;
 - d) Chancen- und Risiken des Projektes;
 - e) Pflege- und Unterhaltskonzept;
 - f) Littering- und Lärmkonzept;
 - g) allfällige Beitragsgesuche, die an weitere Stellen eingereicht werden;
 - h) Kostenzusammenstellung.
 - 3 Beitragsgesuche können zweimal pro Jahr, jeweils Ende Februar und Ende August, eingereicht werden.

§ 8

Prüfung des Gesuchs

Das Gesuch wird vom Gemeinderat oder einer von ihm bezeichneten Stelle geprüft auf:

- a) Inhalt:
 - 1 die Bedeutung des Vorhabens oder Projekts im Entwicklungskontext der Gemeinde;
 - 2 die Anzahl oder Vielfalt der Anspruchsgruppen, die einen Nutzen aus dem Vorhaben oder Projekt ziehen;
 - 3 das Zusammenwirken des Vorhabens oder Projekts mit kantonalen oder kommunalen Planungsinstrumenten.
- b) Zweckmässigkeit (vgl. § 3 Fondsreglement);
- c) Wirtschaftlichkeit;
- d) Folgekosten.

§ 9

Entscheid

- 1 Über Beiträge entscheidet der Gemeinderat oder die von ihm bezeichnete Stelle unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch das zuständige Gemeindeorgan.
- 2 Zuständig für die Bewilligung von Fondsentnahmen ist das Gemeindeorgan, das gemäss der Gemeindeordnung neue Ausgaben in entsprechender Höhe zu bewilligen hat.
- 3 Das zuständige Gemeindeorgan kann den konkreten Mitteleinsatz prüfen und die Auszahlung der Beiträge von einem effektiven und effizienten Mitteleinsatz abhängig machen.

§ 10

Auszahlung von Beiträgen

- 1 Die Auszahlung von Beiträgen erfolgt nach Abschluss der Umsetzung der unterstützten Massnahme sowie beim Vorliegen einer entsprechenden Schlussabrechnung.
- 2 Die Gemeinde kann Einsicht in die Belege nehmen oder Zahlungsnachweise verlangen.

§ 11

Umsetzungspflicht

- 1 Innert zwei Jahren seit der Bewilligung von Beiträgen muss mit der Umsetzung der unterstützten Massnahmen begonnen worden sein. Die Arbeiten sind zudem ohne Verzug zu beenden.
- 2 Werden die Arbeiten während längerer Zeit unterbrochen, kann der Gemeinderat oder die von ihm bezeichnete Stelle ihre Beendigung innert nützlicher Frist anordnen. Weitergehende Massnahmen im Sinne von § 328 Abs. 2 PBG bleiben ausdrücklich vorbehalten.
- 3 Verstösse gegen Ziffer 1 und 2 begründen in der Regel
 - a) die Verwirkung noch nicht ausbezahlter Beträge;
 - b) die Pflicht zur Rückerstattung ausbezahlter Beträge.

*Rückerstattung von
Beiträgen*

§ 12

- 1 Beiträge, die zu Unrecht zugesichert oder ausbezahlt worden sind, werden widerrufen und/oder zurückgefordert.
- 2 Auf die Rückforderung wird verzichtet,
 - a) soweit die Empfängerin oder der Empfänger infolge des Beitragsentscheids Massnahmen getroffen hat, die nur mit unzumutbaren finanziellen Einbussen rückgängig gemacht werden können, und
 - b) wenn die Rechtsverletzung oder die unrichtige oder unvollständige Feststellung des Sachverhalts für die Empfängerin oder den Empfänger nicht leicht erkennbar gewesen ist.

Berichterstattung

§ 13

Der Gemeinderat veröffentlicht einmal im Jahr eine Liste mit den zugesicherten und geleisteten Beiträgen. Anzugeben sind die Höhe der einzelnen Beträge, Verwendungszwecke, Angaben zu Beitragsempfänger bzw. -empfängerin sowie Datum des jeweiligen Beschlusses und des Fondsbestands.